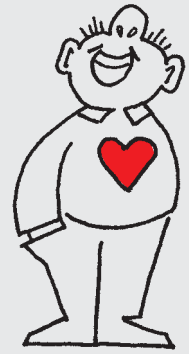


MALXE BLATT

mit Herz und Schnauze



6/2017 (Nov.)

DIE LINKE. -Zeitung für Forst und Umgebung

Liebe Leserinnen und Leser,
liebe Wählerinnen und Wähler,

die Bundestagswahlen 2017 sind Geschichte. Das Ergebnis zeigt, dass sich die gesellschaftliche Stimmung in Deutschland deutlich nach rechts verschoben hat. Das ist erschreckend. Es ist aber zugleich ein Auftrag an uns, nicht aufzugeben, denn das Wahlergebnis hat auch gezeigt, dass die LINKE kämpfen kann. Die Partei DIE LINKE des Landes Brandenburg wird durch 4 Abgeordnete in den nächsten vier Jahren in Berlin vertreten sein.

Im Namen des OV Forst der LINKEN möchte ich an dieser Stelle allen Sympathisantinnen und Sympathisanten, die unserer Partei ihre Stimme und Unterstützung gaben, recht herzlich danken. Allen Wahlkämpferinnen und Wahlkämpfern danken wir für ihren großartigen Einsatz. Trotz eines bundesweit insgesamt guten Ergebnisses bedeutet dies, eine Abgeordnete der LINKEN weniger aus dem Land Brandenburg und keiner aus dem Wahlkreis 64 im Bundestag. Insgesamt sitzen 25 Brandenburgerinnen und Brandenburger im Bundestag. 9 Abgeordnete gehören der CDU, 4 Abgeordnete der SPD, 4 Abgeordnete der LINKEN, 5 Abgeordnete der AfD, 1 Abgeordnete der Grünen/B90 und 2 Abgeordnete der FDP an.

In der Stadt Forst erreichten DIE LINKEN 15,9 % und in Döbern-Land 14,0 % Zweitstimmenanteil. Somit verloren wir in Forst 6,8 % und Döbern-Land 8,1 % der LINKEN-Wähler. Insgesamt liegt der Zweitstimmenanteil im Wahlkreis 64 bei 16,5 %. Dies bedeutet einen Verlust von 6,1 %.

Dieses enttäuschende Ergebnis ist uns jedoch Ansporn, auch weiterhin, insbesondere mit dem Malxebblatt, linke Politik den Menschen in Forst und Umgebung nahezubringen. Das Wahlprogramm der LINKEN wird uns dabei Richtschnur und Handlungsanweisung sein. Daran lassen wir uns messen.

SOZIAL. GERECHT. FRIEDEN.
FÜR ALLE.

Cornelia Janisch,
Vorsitzende des OV Forst

Ein Antrag auf Bürgerentscheid und was er wirklich beinhaltet

Als Fraktion haben wir im September einen Vorschlag für die Durchführung eines Bürgerentscheids zur Abwahl des Bürgermeisters gestellt.

Mit Ausnahme eines Fraktionsmitgliedes wurde der Vorschlag von allen unterstützt. Zum Antrag wurde das Dokument erst, als es von insgesamt 22 Stadtverordneten aus vier Fraktionen unterzeichnet wurde. Wenn bei der durchzuführenden Abstimmung zu diesem Antrag in einer Sitzung mindestens zwanzig Stadtverordnete zustimmen, findet innerhalb von zwei Monaten ein Bürgerentscheid statt. Dann können die Wählerinnen und Wähler entscheiden, ob der Bürgermeister im Amt bleiben soll oder ob er abgewählt wird. Zur Abwahl müssen mindestens 25 % der Wahlberechtigten in Forst ihre Zustimmung geben und es muss eine Mehrheit der Wählerinnen und Wähler sein, die an der Abstimmung teilnimmt.

Geregelt ist dies alles im § 81 des Brandenburgischen Kommunalwahlgesetzes. Darin steht auch, dass der Bürgermeister nach einer erfolgreichen Abstimmung in der Stadtverordnetenversammlung auf den Bürgerentscheid verzichten kann. Dann wäre er mit dieser persönlichen Entscheidung ebenfalls abgewählt. In jedem Fall behält er aber bis zum offiziellen Ende seiner achtjährigen Amtszeit im Mai 2023 71,25 % seines Bruttogehalts. Er erhält auch bis zu diesem Zeitpunkt

die beamtenrechtlich festgelegte Beihilfe in der Krankenversorgung. Besser kann man kaum abgesichert sein.

Warum haben wir diesen Antrag gestellt? Auch hier konnte man lesen und hören, wir würden Philipp Wesemann in seinem Krankheitsverlauf erschüttern. Das Wort Krankheit kommt in unserem Antrag nicht vor.

In der Antragsbegründung heißt es: *Seit fast einem Jahr nimmt der hauptamtliche Bürgermeister seine Amtsgeschäfte nicht wahr. Die Stadt Forst wird seit dieser Zeit im Außenauftritt nur unzureichend vertreten. Die Stellvertreter des Bürgermeisters sind nicht dauerhaft in der Lage, die Aufgaben des hauptamtlichen Bürgermeisters neben ihren eigentlichen Aufgaben voll umfänglich zu erfüllen. Die Interessen der Stadt werden insbesondere in politischen und strategischen Zielstellungen gegenüber dem Land Brandenburg, dem Landkreis Spree-Neiße und weiteren Institutionen in vielen Bereichen nur mangelhaft wahrgenommen.*

Eine Rückkehr des hauptamtlichen Bürgermeisters ist derzeit nicht absehbar. Unter diesen besonderen Umständen sollten die Wählerinnen und Wähler der Stadt Forst (Lausitz) die Möglichkeit erhalten, mittels eines Bürgerentscheides über die Fortführung der Amtsgeschäfte in bisheriger Art und Weise oder die Abwahl des hauptamtlichen Bürgermeisters zu entscheiden. Die Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung können hierfür die rechtlichen Voraussetzungen schaffen.

Es geht um die Entwicklung unserer Stadt, es geht um den Status der Stadt in einem zukünftigen Landkreis aus Cottbus und Spree-Neiße und es geht um eine handlungsfähige Verwaltung. ► S. 2

Spruch des Monats

»Merkwürdigerweise fühlt sich der Wähler nicht verantwortlich für das Versagen der Regierung, die er gewählt hat.«

Alberto Moravia

Ein Antrag auf ...

(Fortsetzung von Seite 1)

Kein Unternehmen kann erfolgreich wirken, wenn der Chef ein Jahr seine Aufgaben nicht wahrnehmen kann. Seit Jahren beklagen die Bürger den Stillstand in der Stadt. Auch in den 18 Monaten seiner aktiven Amtszeit hat sich Wesemann nicht als der Hoffnungsträger erwiesen, an den auch ich bei der Wahl geglaubt habe. Alle angebotene Unterstützung im Amt wurde ausgeschlagen, eine persönliche Weiterbildung fand nicht statt und für den

Start seiner Jugendbeteiligung (Kinder- und Jugendbeirat) brauchte er genau 18 Monate. Aus seiner Presseerklärung zum Abwahlenantrag ging für mich hervor, dass er offenbar nicht einmal seinen eigenen rechtlichen Status kennt.

Unsere Partei, die Fraktion und ich persönlich haben Philipp Wesemann in der Stichwahl zum Bürgermeister 2015 unterstützt. Ich bin heute davon überzeugt, dass dies ein Fehler war und diese Erkenntnis hat dabei wenig mit seiner Erkrankung zu tun. Es lag auch nicht an seinem Alter. Wenn man ein solches Amt übernimmt, muss man dafür bren-

nen, es reicht nicht aus, nur erfolgreich in Kameras zu lächeln und Blumen zu überreichen, egal wie alt man ist.

Bei einer abschließenden Wahlveranstaltung 2015 wurden alle drei Bürgermeisterkandidaten gefragt, was sie denn als Erstes machen, wenn sie gewählt werden. Philipp Wesemann antwortete sinngemäß, er müsse die Stadt repräsentieren, zum Arbeiten hat er die Verwaltung. Ich fand das damals eine lustige Bemerkung – er meinte das offensichtlich ernst.

Ingo Paeschke,
Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE
der SVV Forst

Kontaktgespräch in Lubsko

Am 04.10.2017 kam es nach Vermittlung des ehemaligen Kulturhausleiters von Lubsko, Herrn Lech Krychowski, und des Genossen Lothar Hoffmann kurzfristig zu einem Sondiergespräch mit der Vertreterin der Sojusz Lewicy Demokratycznej (polnisch für Bündnis der Demokratischen



Linken, kurz: SLD), Frau Agnieszka Lech-Kowalska, in Lubsko. Es wurde vereinbart, weitere Konsultationen folgen zu lassen. In der polnischen Parteienlandschaft gibt es 30 aktive Parteien, von denen nur fünf im Sejm vertreten sind (8-%-Regelung). Seit 2015 ist der SLD auch nicht mehr im Sejm.

Heinz-Peter Bischoff

Die Lausitzer Rundschau und die Wahrheit

Im September fand im Kompetenzzentrum in Forst eine Veranstaltung zum Begriff der »Lügenpresse« statt. Einer der zwei Hauptdiskutanten war der Chefredakteur der Lausitzer Rundschau.

Er betonte an Hand seines eigenen Anstellungsvertrages, dass er natürlich zu allererst der wahrheitsgemäßen Berichterstattung verpflichtet sei, wenn sie sich denn eindeutig recherchieren lässt.

Nun bin ich davon ausgegangen, dass dies bei einem kommunalpolitischen Vorgang problemlos möglich sein sollte. Beim Thema Bürgerentscheid zur Abwahl des Forster Bürgermeisters nimmt man es dann mit der Wahrheit allerdings nicht mehr so genau. Obwohl ich bereits am Tag der öffentlichen Bekanntgabe des Antrags die Lokalredakteurin der LR ausführlich informiert hatte und ihr den Antrag per E-Mail zu-

gesandt habe, wurde in der Überschrift erst mal behauptet, wir wollen den kranken Bürgermeister abwählen. Laut Gesetz war jedoch immer klar, dass dies nur die Bürger können. Das Lesen von Gesetzen sollte die Redakteure der LR eigentlich nicht überfordern. Die anschließende einseitige Berichterstattung zu diesem Thema blendete die eigentliche Problematik für die Stadt fast völlig aus. Es geht nicht um eine Erkrankung, es geht um die Handlungsfähigkeit der Stadt. Aus der Pressemitteilung des Bürgermeisters las die LR heraus, er wolle zurücktreten. Die Märkische Oderzeitung übrigens erkannte genau das Gegenteil. Den Höhepunkt erreichte die Berichterstattung dann, als die Redakteure Herr Baumert und Frau Kuni-patz aus der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung berichteten. Hier wurde zum wiederholten Mal behauptet,

Kein Zentrum für Jugend und Sport in Forst

In einem Antrag zur Sitzung der SVV am 29.09.2017 hat unsere Fraktion ein Konzept vorgelegt, wie man aus unserem maroden Stadion ein Zentrum für Jugend und Sport entwickeln könnte. Unsere Idee sah vor, auf dem Stadion-Gelände eine Skateranlage zu errichten. Damit verbunden war die Erneuerung der Sportanlagen geplant. Unser Ziel war, eine Konzeption für diesen Komplex bis März 2018 zu erstellen. In unserem Vorschlag griffen wir die bereits bestehenden Ideen zum Stadion aus anderen Initiativen auf. Eingebettet zwischen Gymnasium, Hallenbad und Textilmuseum wollten wir ein innerstädtisches Zentrum für Jugend, Bildung, Sport und Kultur entwickeln. Dabei ging es nicht darum, dies alles kurzfristig umzusetzen, sondern ein langfristiges Konzept zu haben, mit dem die Stadt auf alle aktuellen und künftigen Fördermitteltöpfe zugreifen könnte.

Unser Antrag erhielt ganze sechs Stimmen. Anträge der Linken hatten schon immer einen schlechten Stand in der Forster SVV, daran hat sich nichts geändert. Das Ergebnis kann man im Forster Alltag besichtigen. Wir haben uns bemüht, es war und ist offensichtlich umsonst.

Fraktion DIE LINKE
der SSV Forst

dass der Bürgermeister bei einer Abwahl durch Bürgerentscheid seine versorgungsrechtlichen Ansprüche verliert. Dies wurde in der Liveberichterstattung im Internet mitgeteilt und am nächsten Tag in der gedruckten Ausgabe der LR wiederholt. Nach meinem Verständnis hat das nichts mehr mit journalistischer Sorgfaltspflicht zu tun und mit der Wahrheit schon gar nicht.

Ingo Paeschke

Vom **LANDTAG BRANDENBURG** informiert

Anke Schwarzenberg, MdL



Am 27./28./29.09.2017 kam der Brandenburger Landtag zu seiner planmäßigen Beratung zusammen.

Folgende Themen standen auf der Tagesordnung (Auszüge):

➤ In der **aktuellen Stunde** am Mittwoch, 07.09.2017, ging es um die Frage der Angleichung von Hinterbliebenenversorgung und Unfallversicherungsschutz von freiwilligen und hauptamtlichen Feuerwehrangehörigen und Angehörigen von im Katastrophenschutz mitwirkenden Hilfsorganisationen.

Selten war sich das Plenum so einig, wie in dieser Frage. Die Landesregierung wurde beauftragt, Neuregelungen zum Schutz der Angehörigen zu erarbeiten, die rückwirkend zum 01.01.2017 in Kraft treten sollen.

➤ **Attraktivität des Lehrerberufes steigern**

In diesem Tagesordnungspunkt wurde der Beschluss bekräftigt, ein Konzept zur Steigerung der Attraktivität des öffentlichen Dienstes für das Land Brandenburg vorzulegen. Insbesondere geht es um Fragen der Personalgewinnung, die Aufstiegschancen, Fort- und Weiterbildungsmöglichkeiten, familienfreundliche sowie die Schaffung von barrierefreien und gesundheitsfördernden Arbeitsbedingungen.

Dieser Beschluss wurde auch vor dem Hintergrund der Verbesserung der Lehrbesoldung gefasst.

➤ Die **Forderung der AfD nach der Einführung einer Extremismusklausel** für Brandenburg wurde von allen Fraktionen abgelehnt.

Dieser Antrag hatte zum Inhalt, dass alle Vereine (Kultur-, Sport-, Sozial-, Jugend- und weitere) vor dem Erhalt von Fördermitteln der öffentlichen Hand ein Bekenntnis zur freiheitlich demokratischen Grundordnung ablegen sollten. Eine Forderung, die in den Schutzbereich der Meinungsfreiheit eingreift und damit große verfassungsrechtliche Bedenken hervorruft.

➤ **Entwicklung der Vogelwelt in Brandenburg**

Dieser Tagesordnungspunkt beschäftigte sich mit den Antworten der Landesregierung zu einer großen Anfrage der Grünen.

Die Bilanz fiel unterschiedlich aus, es gibt eine positive Entwicklung bei bestimmten Arten, wie Fischadler, Kranich, Seeadler und Wanderfalke. Aber auf der anderen Seite gehen Arten in der Agrarlandschaft zurück.

➤ Einigkeit zwischen allen Fraktionen bestand in der **Ablehnung eines perfiden Antrages der AfD-Fraktion**. Dieser Antrag forderte die Landesregierung auf, die finanzielle und ideelle Unterstützung der Landeskoordinierungsstelle für LesBiSchwule & Trans einzustellen. In seiner Rede verwies Dr. Volkmar Schöneburg auf die Landesverfassung Brandenburg, **Artikel 12: Niemand**

darf wegen der Abstammung, der Nationalität, der Sprache, des Geschlechts, der sexuellen Identität, der sozialen Herkunft oder Stellung, einer Behinderung, der religiösen, weltanschaulichen oder politischen Überzeugung oder aus rassistischen Gründen bevorzugt oder benachteiligt werden.

Und hier noch in Stichpunkten einige weitere Beratungsthemen: Strukturwandel in der Lausitz, Bienenzuchtgesetz ändern, Blühstreifen in der Agrarlandschaft fördern, Bericht zur Digitalisierungsstrategie des Landes, Seniorenpolitik, Handwerk stärken und Stärkung der Film- und Medienwirtschaft. Weitere Anträge und Beschlüsse auf der Internetseite: <https://www.linksfraktion-brandenburg.de/politik/ltsitzung-pol/>

Anke Schwarzenberg
Mitglied des Landtages

Gedenkstätten in Forst

— 6. Teil —

Der Stein

»Gegen das Vergessen«



Der Gedenkstein am Wasserturm-Kreisel, auf dem Straßendreieck, erinnert an vier Opfer des Naziregimes 1945.

Der Stein wurde von Mitgliedern der VVN im Jahr 1977 an der Stelle aufgestellt, wo in den letzten Kriegstagen Deserteure zur Abschreckung an einen Pfahl gebunden wurden.

Die standrechtlichen Hinrichtungen wurden damals auf Befehl des Generalfeldmarschalls Schörner durchgeführt, der damit seinem Durchhaltebefehl zur Verteidigung der Stadt Forst Nachdruck verleihen wollte.

Text/Foto: Günther Mattern

Wachstum muss endlich zu guten Jobs führen

»Die Wirtschaft wächst, aber ein Großteil der Beschäftigten hat nichts davon. Nie war die Zahl der Leiharbeiter in Deutschland so hoch. Jeder fünfte Beschäftigte arbeitet für einen Niedriglohn von weniger als zehn Euro in der Stunde, in Ostdeutschland sogar jeder dritte. Immer mehr Arbeitsverträge sind nur befristet, jeder zweite neue Arbeitnehmer bekam im letzten Jahr nur einen befristeten Job.

Wann begreift Kanzlerin Merkel endlich, dass der Niedriglohnsektor eingedämmt und die vielen unsicheren Jobs durch ordentliche Regeln am Arbeitsmarkt in gute Arbeitsplätze verwandelt werden müssen, damit alle Menschen gut und gerne in Deutschland leben können«, kommentiert Sahra Wagenknecht die ak-

tuelle Konjunkturprognose, die von einem Wachstum in Höhe von zwei Prozent im nächsten Jahr ausgeht. Die Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE weiter:

»Auch im neuen Bundestag wird der Kampf für sichere und gut bezahlte Arbeitsplätze unser Schwerpunkt sein. Der Mindestlohn muss auf zwölf Euro die Stunde angehoben und die Allgemeinverbindlicherklärung von Tarifverträgen erleichtert werden. Es darf keine sachgrundlosen Befristungen und kein Lohndumping über Leiharbeit oder Werkverträge mehr geben. Anstelle von Hartz IV muss es wieder eine anständige Arbeitslosenversicherung geben, die bei Jobverlust trägt – auch langfristig.«

28. September 2017

Newsletter

Friedensnobelpreis ist schallende Ohrfeige für die Bundesregierung

»DIE LINKE gratuliert der Internationalen Kampagne für die Abschaffung von Atomwaffen (ICAN) zum Friedensnobelpreis. Die Entscheidung des Nobelkomitees in Oslo ist eine schallende Ohrfeige für die Bundesregierung. Es war falsch, die Verhandlungen der Vereinten Nationen über ein Verbot von Atomwaffen zu boykottieren. Die Bundesregierung muss ihre Verweigerungshaltung beenden und den von ICAN und 122 Ländern unterstützten UN-Vertrag unterzeichnen«, erklärt Sevim Dagdelen, Sprecherin der Fraktion DIE LINKE für Internationale Beziehungen. Dagdelen weiter:

»Es ist eine Irreführung der Bevölkerung, wenn die Bundesregierung behauptet, sie unterstütze das Ziel einer Welt ohne Atomwaffen, während sie an der nuklearen Drohpolitik der USA und der NATO festhält. Die BRD darf nicht länger Ausgangsort oder militärisches Drehkreuz in den nuklearen Kriegsplänen Washingtons sein. DIE LINKE fordert den Abzug aller US-Atomwaffen aus Deutschland. Der Friedensnobelpreis für ICAN ist eine Ermutigung für die Friedensbewegung, in ihrem jahrelangen Kampf für die Ächtung und ein Verbot von Atomwaffen weltweit fortzufahren. Die künftige Bundesregierung sollte die Auszeichnung für ICAN als Aufforderung verstehen, den UN-Vertrag über ein Verbot von Atomwaffen endlich zu unterzeichnen.« 06. Oktober 2017

Wir brauchen einen Pflegeaufstand

»Dass zehntausende Pflegekräfte in den Krankenhäusern fehlen ist seit langem bekannt. Die Maßnahmen, die von der letzten Bundesregierung dagegen ergriffen wurden, sind lächerlich im Verhältnis zum herrschenden Personalmangel«, kommentiert Harald Weinberg, Sprecher für Krankenhauspolitik der Fraktion DIE LINKE, die neuesten Zahlen des Statistischen Bundesamtes zur Personalentwicklung in Krankenhäusern. Weinberg weiter:

»Die Ursache des Pflegenotstands liegt in der Kommerzialisierung der Krankenhäuser, die seit fast 30 Jahren von allen Bundesregierungen vorangetrieben wird. Sie sind zu einem Geschäftsmodell gemacht worden. Um Kosten zu senken wird bei Pflegekräften und den Servicebereichen von Krankenhäusern brutal gespart. Sie werden ausgequetscht wie Zitronen, und nach dem Ausquetschen wird auch noch die Schale abgerieben. Dagegen sind die Kämpfe der Pflegekräfte für mehr Personal das Licht am Ende des Tunnels: Wir brauchen einen Pflegeaufstand, der der Bundespolitik Beine macht. Beim Personalschlüssel in Krankenhäusern ist Deutschland im europäischen Vergleich Schlusslicht. Es muss dringend eine gesetzliche Personalbemessung eingeführt werden, die Vorgaben macht, wie viele Patientinnen und Patienten eine Pflegekraft höchstens versorgen darf. Das gesamte System der Finanzierung durch Fallpauschalen muss auf den Prüfstand, denn sie führen dazu, dass die Krankenhäuser, die am wenigsten Personal beschäftigen, die beste Bilanz haben. Krankenhauspolitik muss sich am Gemeinwohl orientieren und darf nicht dem Wettbewerb geopfert werden.« 05. Oktober 2017

PINNWAND

Termine

in der Geschäftsstelle, Berliner Straße 22

- Di., 21.11.: 18.30 Uhr **Fraktionssitzung SVV**
- Di., 28.11.: 18.30 Uhr **Ortsvorstandssitzung**
- Do., 30.11.: 18.30 Uhr **»Treff Linksrum«**
- Di., 05.12.: 18.30 Uhr **Fraktionssitzung SVV**
- Mo., 11.12.: 18.30 Uhr **AG Malxeblatt**
- Mi., 13.12.: 16.00 Uhr **Jahresabschluss-Veranstaltung**
- Di., 19.12.: 18.30 Uhr **Ortsvorstandssitzung**

Legislaturperiode

Bezeichnet die Zeit zwischen den Wahlen, in der Angela Merkel möglichst nichts macht. Gelingt ihr das, wird sie wiedergewählt.

Andreas Koristka

Geburtstage

- 13.11.: 95 Jahre Werner Pötzsch
- 20.11.: 67 Jahre Günther Mattern
- 28.11.: 85 Jahre Arthur Kannenberg
- 05.12.: 63 Jahre Wolfgang Franke
- 07.12.: 94 Jahre Johanna Eitner
- 07.12.: 75 Jahre Dietrich Richter

*Herzlichen Glückwunsch,
unseren Jubilaren,
auch all denen,
die hier nicht genannt sind!*

Soziale Bürgerberatung in Döbern

**am 01.11. (weiter alle 14 Tage)
jeweils von 10 bis 13 Uhr**

in der Begegnungsstätte
Betreutes Servicewohnen des DRK,
Forster Straße 14.

Parteispende

Unternehmen dürfen in Deutschland keine Stimmen bei Wahlen abgeben. Um diese Ungerechtigkeit etwas abzumildern, dürfen sie Parteispenden nutzen, um der Politik grob zu signalisieren, ob sie grundsätzlich mit ihrer Politik einverstanden sind. Weil Korruption verboten ist, gehen die Parteien grundsätzlich nicht auf die Wünsche der Wirtschaft ein.

Andreas Koristka

Aus »Eulenspiegel« Nr. 10/17

Impressum: Herausgeber: Ortsvorstand Forst DIE LINKE
Redaktion: »AG Malxe-Blatt« beim Ortsvorstand Forst DIE LINKE
V. i. S. d. P.: Cornelia Janisch

Kontaktadresse: Berliner Straße 22, 03149 Forst
Telefon (0 35 62) 78 52, Fax 65 07
oder im Internet: www.dielinke-lausitz.de
E-Mail: forst@dielinke-lausitz.de
Lesermeinungen und Artikel auch unter E-Mail:
malxeblatt@gmx.de

Die Finanzierung des »Malxe-Blattes« wird durch Spenden unterstützt. Bei Überweisungen:
Sparkasse Spree-Neiße, IBAN DE48 1805 0000 3305 102 7 80, Verwendungszweck: »Malxe-Blatt«

Wenn Sie das »Malxe-Blatt« gelesen haben, geben Sie es bitte an Nachbarn oder Freunde weiter.